

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00195/2021

Der Klimawandel verlangt Handeln – Auf Straßenneubauvorhaben verzichten

Beschlüsse:

28.03.2022	Stadtvertretung
023/StV/2022	23. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es erfolgt eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 18.

2.

Es liegt eine Änderungsmitteilung der Antrag stellenden Fraktion vom 23.09.2021 vor.

2.1

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt namentliche Abstimmung zu Punkt 1 der Änderungsmitteilung. Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Arndt Müller beantragt zudem getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

2.2

Änderungsmitteilung Antrag stellende Fraktion vom 23.09.2021

„1.

Die Stadtvertretung revidiert angesichts der fortschreitenden Auswirkungen der globalen Klimaerhitzung mit den daraus folgenden Wetterextremen den zustimmenden Beschluss zur Umgehungsstraße im Zuge der B 104 (Nordumgehung).

2.

Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister, von der Vereinbarung über Planung und Bau des BAB-14-Zubringers in „Schwerin Süd“ zurückzutreten.

3.

Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister, mit dem Ziel der Klimaneutralität Schwerins im Jahr 2035 konkrete verkehrliche Maßnahmen zu treffen, mit denen sich CO₂-Einsparungen ergeben, u.a.:

- Erhöhung des Fuß- und Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr
- Erhöhung des Anteils der Nutzung des ÖPNV am Gesamtverkehr
- Verlagerung von KfZ-Fahrten im Stadt-Umland-Verkehr auf den Umlandverbund.“

Abstimmungsergebnis:

- zu Punkt 1) bei 16 Dafür-, 20 Gegenstimmen und vier Stimmenthaltungen in namentlicher Abstimmung abgelehnt (siehe Anlage)
- zu Punkt 2) mehrheitlich bei einigen Dafürstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt
- zu Punkt 3) mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Oberbürgermeister, mit dem Ziel der Klimaneutralität Schwerins im Jahr 2035 konkrete verkehrliche Maßnahmen zu treffen, mit denen sich CO₂-Einsparungen ergeben, u.a.:

- Erhöhung des Fuß- und Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr
- Erhöhung des Anteils der Nutzung des ÖPNV am Gesamtverkehr
- Verlagerung von KfZ-Fahrten im Stadt-Umland-Verkehr auf den Umlandverbund.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei einigen Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen